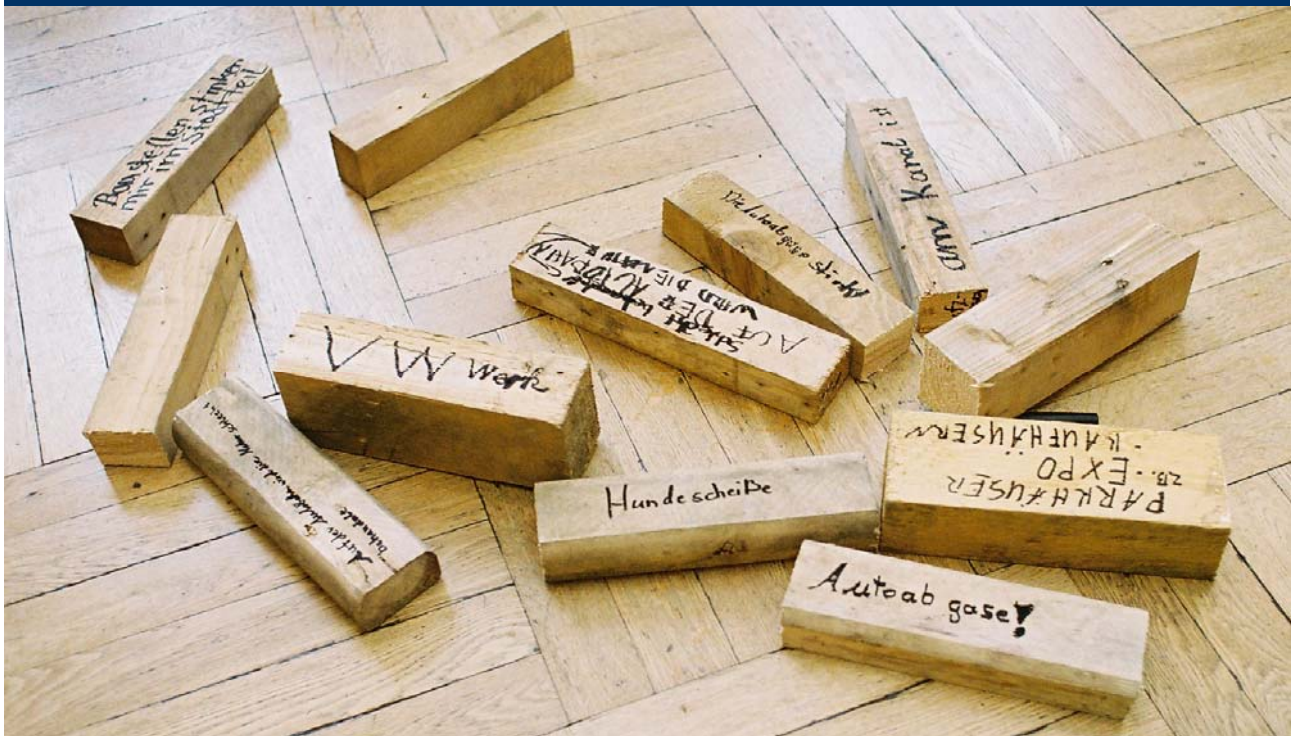


Qualitätsrahmen Beteiligungsstrategie

Instrument für strategisch Verantwortliche
und Entscheidungsträger zur Evaluation von
Partizipationsvorhaben mit Jugendlichen



Kontakt:

Sigrid Meinhold-Henschel
Stephan Schack
Programm „Zukunft der Zivilgesellschaft“
Bertelsmann Stiftung
Telefon: 05241 81-81346
Fax: 05241 81-681346
E-Mail: info@mitwirkung.net
Internet: www.mitwirkung.net

Qualitätsrahmen Beteiligungsstrategie

Instrument für strategisch Verantwortliche und Entscheidungsträger zur Evaluation von Partizipationsvorhaben mit Jugendlichen

Qualitätskriterien für Beteiligungsvorhaben

Für viele Städte und Gemeinden ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Diskussion um eine bürgerorientierte Kommunalentwicklung ein wichtiges Thema geworden. Experten aus Wissenschaft und Praxis sind sich weitgehend darin einig, welche Faktoren für das Gelingen von Partizipationsvorhaben entscheidend sind, allerdings werden diese Erfolgsbedingungen in der Beteiligungspraxis noch nicht hinreichend beachtet.

Vor diesem Hintergrund hat die Bertelsmann Stiftung im Rahmen der Initiative „mitWirkung!“ ein Konzept entwickelt, das Hinweise für die erfolgreiche Umsetzung von Projekten und die Entwicklung nachhaltiger Beteiligungsstrukturen gibt. Entscheidende Impulse gingen dabei vom wissenschaftlichen Projektbeirat aus, der unter Federführung von Prof. Dr. Roland Roth (Hochschule Magdeburg-Stendal) Qualitätskriterien sowohl für einzelne Vorhaben als auch für ein kommunales Gesamtkonzept definiert hat. Der „Qualitätsrahmen Beteiligungsstrategie“ unterstützt Sie dabei, die in Ihrer Kommune vorhandenen Beteiligungsstrukturen zu überprüfen. Sollten Sie auch Interesse daran haben, die Wirksamkeit einzelner Projekte in den Blick zu nehmen, finden Sie ein entsprechendes Instrument unter www.mitwirkung.net – Tools.

Der „Qualitätsrahmen Beteiligungsstrategie“ richtet sich an kommunale Verantwortliche, die Beteiligungsstrukturen für Kinder und Jugendliche wirksam verankern wollen. Er operationalisiert die im Rahmen der Initiative „mitWirkung!“ entwickelten Handlungsempfehlungen¹ zu einem Instrument, mit dem Sie Stärken sowie Handlungsbedarfe in Ihrer Kommune erkennen und nächste Schritte planen können.

Folgende Aktionsfelder werden dabei in den Blick genommen:

- Die Kommunale Strategie zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
- Die Ausgestaltung des kinder- und jugendpolitischen Mandats
- Das Profil der Beteiligungsmöglichkeiten
- Das aktive lokale Netzwerk
- Die Qualifizierung der Beteiligten
- Die Auswahl der Themen und Vielfalt der Methoden
- Die Information und Öffentlichkeitsarbeit
- Die Stärkung der Selbstorganisationsfähigkeit
- Die Qualitätsentwicklung

Der „Qualitätsrahmen Beteiligungsstrategie“ wurde in Zusammenarbeit mit Stefan Schmidt (Univation, Institut für Evaluation, Dr. Beywl & Associates GmbH Köln) entwickelt. Es orientiert sich in der Art und Weise von Aufbau und Vorgehen am DemokratieAudit [de Haan, Gerhard, Wolfgang Edelstein und Angelika Eikel (Hrsg.). Qualitätsrahmen Demokratiepädagogik. 6. Das DemokratieAudit. Konzept und Verfahren. Weinheim und Basel 2006.]

¹ Die Grundlage für die Qualitätskriterien sind „Handlungsempfehlungen für Kommunen“, die mit dem Band „Mehr Partizipation wagen“ von Thomas Olk und Roland Roth veröffentlicht wurden. Diese Handlungsempfehlungen können bei der Bertelsmann Stiftung bestellt werden.

Anleitung zur Arbeit mit dem Instrument

Das Evaluationsinstrument ist für die Arbeit von Steuerungsgruppen und anderen Entscheidungsgremien gedacht, die im Themenbereich Kinder- und Jugendpartizipation Verantwortung tragen. Es kann sowohl zur Einzelevaluation wie zur Gruppenevaluation, aber vor allem als Grundlage für anschließende Diskussionen im Entscheidungsgremium genutzt werden.

Jede der **neun Qualitätsdimensionen** ist auf einer Doppelseite dargestellt. In der Kopfzeile der Seite ist die Bezeichnung der entsprechenden Qualitätsdimension zu finden.

Auf der linken Seite befindet sich die **inhaltliche Darstellung** der Dimension. In kurzen Abschnitten wird in einem überblicksartigen Text die inhaltliche Zielrichtung der Dimension beschrieben. Darin sind Aspekte enthalten, die im jeweiligen Bereich bei der Konzeption und Umsetzung besonders zu beachten sind.

In einem **Leitsatz** wird die wesentlichste Aussage zu dieser Qualitätsdimension zusammenfassend dargestellt. Die Erfüllung dieser auch als Zielbestimmung zu betrachtenden Aussage kann an den darunter aufgelisteten bis zu zehn Indikatoren gemessen werden. Indikatoren sind erkennbare Anzeichen oder Hinweise, die die Umsetzung der Qualitätsdimension erkennbar machen.

Auf der rechten Seite befindet sich ein **Fragebogen**, der zur Bewertung der Qualitätsdimension dient. Dieser Fragebogen kann für die individuelle Standortbestimmung einzelner Entscheider genutzt werden, aber auch für die Evaluation innerhalb der Entscheidungsgremien. In jedem Fall sollte zuerst eine individuelle Bewertung der Qualitätsdimensionen vorgenommen werden.

Es geht dabei um eine **subjektive Einschätzung**, wie viele der aufgeführten Aussagen bereits zutreffen. Dementsprechend wird ein Kreuz im entsprechenden Feld gemacht. Als Empfehlung für die Differenzierung der Bewertung gilt:

- | | |
|--|---|
| – Wenn (fast) alle Aussagen zutreffen | Feld „in den meisten Punkten“ ankreuzen |
| – Wenn mindestens die Hälfte der Aussagen zutreffen | Feld „in mehreren Punkten“ ankreuzen |
| – Wenn weniger als die Hälfte der Aussagen zutreffen | Feld „in wenigen Punkten“ ankreuzen |
| – Wenn keine oder nur eine Aussage zutrifft | Feld „in (fast) keinem Punkt“ ankreuzen |

Im Feld darunter werden **Stärken**, die Sie in diesem Bereich sehen, aufgelistet. Dabei sollten möglichst konkret Fakten benannt werden, die Ihrer vorher in der Bewertung vorgenommenen Einschätzung zu Grunde liegen.

Im nächsten Feld ist der künftige **Handlungsbedarf** zu beschreiben, den Sie bei der Weiterentwicklung dieser Qualitätsdimension sehen. Auch hier sollten möglichst konkrete Vorschläge entwickelt werden.

In der Mitte des Heftes befindet sich eine Doppelseite mit Tabellen für die aus diesen Einschätzungen zu entwickelnden **Handlungsschritte**. Diese lassen sich entweder aus den Stärken oder aus dem Handlungsbedarf ableiten. Diese Doppelseite soll Sie auf übersichtliche Weise darin unterstützen, die weiteren Planungen zur kommunalen Beteiligungsstrategie zu unternehmen.

Die Fragebögen können ebenso als **Diskussionsgrundlage** für die Strategieentwicklung in der Steuerungsgruppe genutzt werden. Die Seite mit den ersten Schritten kann dann gemeinsam ausgefüllt und zugleich mit Verantwortlichkeiten und Terminierungen versehen werden.

I. Kommunale Strategie zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Die Kommune verfolgt eine nachhaltige Strategie zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, die in ein umfassendes Leitbild der bürgerorientierten Kommune bzw. Bürgerkommune eingebettet ist. Es beschreibt übergeordnete Ziele von Kinder- und Jugendbeteiligung, beispielsweise Kinderfreundlichkeit, eine familienfreundliche Kommune, Generationengerechtigkeit oder demographische Ziele. Die kommunale Strategie orientiert sich an normativen oder gesetzlichen Vorgaben wie z. B. die UN-Kinderrechtskonvention, EU-Vorgaben, dem Nationalen Aktionsplan, Landesprogrammen, Kommunalverfassungen oder Einzelgesetzen (z. B. BBauG).

Zur Umsetzung existiert eine Konzeption, in der strategische Schritte aufgestellt sind, die aufeinander aufbauen. Für übergeordnete Ziele sind in der Konzeption konkrete Ziele ausgewiesen, an denen Beteiligungspolitik gemessen werden kann. Um den Bekanntheitsgrad der kommunalen Beteiligungsstrategie in der Bevölkerung zu ermitteln und ggf. zu erhöhen, werden konkrete Maßnahmen durchgeführt, beispielsweise eine Medienresonanzanalyse oder eine aktivierende Bürgerbefragung.

Mit Kindern und Jugendlichen sowie mit zivilgesellschaftlichen Akteuren (Vereine, Verbände, Initiativen, Kirchen, Schulen etc.) sind sowohl die Zielgruppe als auch Träger von Angeboten bei der Entwicklung eingebunden. Zivilgesellschaftliche Akteure sind ihrerseits in überlokalen Netzwerken aktiv, die sich der Stärkung von Kinder- und Bürgerrechten und der Entfaltung von Bürgerbeteiligung widmen (z. B. Child Friendly Cities, Civitas-Netzwerk, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement). Die Umsetzung von Kinder- und Jugendbeteiligung erfolgt auch im Rahmen von Landes- und bundespolitischen Programmen, beispielsweise „Soziale Stadt“, „Vielfalt tut gut“ und „LOS“, die aktivierende Beteiligung besonders fördern.

Für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist in der Kommune eine breit getragene Konzeption mit klar erkenn- und überprüfbaren Zielstellungen entwickelt, deren wichtige strategische Schritte zur Umsetzung formuliert sind und die eingebettet ist in ein umfassendes kommunales Leitbild.

Indikatoren		✓
1	Es existiert eine Konzeption zur Kinder- und Jugendbeteiligung, in der übergeordnete und konkrete Ziele ausgewiesen sind, an denen Beteiligungspolitik gemessen werden kann.	
2	Die Konzeption ist in ein umfassendes Leitbild eingebettet.	
3	Die Konzeption ist in aufeinander aufbauende strategische Schritte übersetzt, mit denen sie umgesetzt wird.	
4	Die Ziele der Konzeption sind in Form von Zwischen- und Unterzielen konkretisiert. Es sind Indikatoren entwickelt, an denen abgelesen werden kann, inwieweit die Ziele erreicht sind.	
5	Die Konzeption (das Leitbild) ist zu einem Bestandteil des „ Images “ bzw. der Selbstdarstellung der Kommune geworden und ist in der Bürgerschaft bekannt. Dazu existieren konkrete Anhaltspunkte.	
6	An der Erarbeitung und Weiterentwicklung der Konzeption (des Leitbildes) wirken Kinder und Jugendliche mit.	
7	An der Erarbeitung und Weiterentwicklung der Konzeption (des Leitbildes) wirken zivilgesellschaftliche Akteure mit.	
8	In die Umsetzung sind kommunale Akteure aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Kirche, Kinder- und Jugendhilfe und Schule eingebunden.	
9	Die kommunalen Akteure sind in überlokale Netzwerke eingebunden, die sich der Stärkung von Kinder- und Bürgerrechten und der Entfaltung von Bürgerbeteiligung widmen.	
10	Landes- bzw. bundespolitische Programme zur Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung werden aufgegriffen.	

I. Kommunale Strategie zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen**Wie treffen diese Aussagen auf Ihre Kommune zu?**

<input type="checkbox"/>	in den meisten Punkten	<input type="checkbox"/>	in mehreren Punkten	<input type="checkbox"/>	in wenigen Punkten	<input type="checkbox"/>	in (fast) keinem Punkt
--------------------------	-------------------------------	--------------------------	----------------------------	--------------------------	---------------------------	--------------------------	------------------------

Wo sehen Sie die Stärken bei der Strategieentwicklung?

Beschreiben Sie dabei möglichst konkrete Fakten, die Ihrer Einschätzung zu Grunde liegen.

Wo sehen Sie Handlungsbedarf bei der Strategieentwicklung?

Welche konkreten Vorschläge können Sie machen?

II. Ausgestaltung des kinder- und jugendpolitischen Mandats

Der Stellenwert von Kinder- und Jugendbeteiligung in der kommunalen Politik und Verwaltung ist hoch. Sie steht nicht hinter anderen kommunalen Aufgaben zurück, sondern ergänzt sie. Kinder- und Jugendbeteiligung ist in der kommunalen Politik und Verwaltung auf allen Ebenen verankert. Der Rat hat die Konzeption zur Kinder- und Jugendbeteiligung durch einen Beschluss bestätigt und debattiert regelmäßig über den Stand der Umsetzung und über Optimierungsmöglichkeiten. Kommunale Satzungen (z. B. Hauptsatzung) und bindende Verfahrensvorschriften (z. B. Geschäftsordnungen) sind entsprechend der beteiligungspolitischen Ziele überarbeitet.

In der kommunalen Politik (Rat, Parteien) sind themenspezifische Ansprechpartner für Kinder und Jugendliche vorhanden. Sie unternehmen gezielte Anstrengungen, um mit Kindern und Jugendlichen im Dialog zu stehen (z. B. Sprechstunden in Einrichtungen, Präsenz auf Veranstaltungen). Neben den „klassischen“ bzw. gesetzlich normierten Zuständigkeiten für Kinder- und Jugendpolitik (Jugendamt, Kinder- und Jugendhilfeausschuss) sind weitere verwaltungsinterne Netzwerke oder Koordinationsstellen geschaffen, die Kinder- und Jugendbeteiligung als Querschnittsaufgabe verankern und ein kinder- und jugendpolitisches Kompetenznetzwerk etablieren, das ressortübergreifende Initiativen und Abstimmungen ermöglicht. So können beispielsweise wesentliche Projekte der Stadtentwicklung einer Kinderfreundlichkeitsprüfung unterzogen werden.

In der Kommune wird Beteiligung von Kindern und Jugendlichen durch den Rat und die Verwaltungsspitze aktiv gefördert sowie durch Ansprechpartner, verwaltungsinterne Netzwerke und Verfahrensvorschriften als Querschnittsaufgabe verankert.

Indikatoren		✓
1	Der Stellenwert von Kinder- und Jugendbeteiligung in der kommunalen Politik und Verwaltung ist hoch .	
2	Die Konzeption zur Kinder- und Jugendbeteiligung ist durch einen Ratsbeschluss bestätigt.	
3	Über die Umsetzung der Konzeption erfolgen in regelmäßigen Abständen Ratsdebatten .	
4	Die beteiligungspolitischen Ziele sind in kommunale Satzungen und bindende Verfahrensvorschriften umgesetzt.	
5	Für die Umsetzung der Kinder- und Jugendpolitik werden neben den verpflichtenden auch für freiwillige Aufgaben angemessene Finanzmittel aufgewendet.	
6	Kinder und Jugendliche dürfen an den Entscheidungen über die Prioritäten der Mittelverwendung mitwirken.	
7	In der Kommunalpolitik sind themenspezifische Ansprechpartner für Kinder und Jugendliche niedrigschwellig zu erreichen.	
8	Durch verwaltungsinterne Netzwerke oder Koordinationsstellen ist Kinder- und Jugendbeteiligung als Querschnittsaufgabe innerhalb der Verwaltung verankert.	

II. Ausgestaltung des kinder- und jugendpolitischen Mandats**Wie treffen diese Aussagen auf Ihre Kommune zu?**

	in den meisten Punkten	in mehreren Punkten	in wenigen Punkten	in (fast) keinem Punkt
--	-------------------------------	----------------------------	---------------------------	------------------------

Wo sehen Sie die Stärken bei der Ausgestaltung des kinder- und jugendpolitischen Mandats?

Beschreiben Sie dabei möglichst konkrete Fakten, die Ihrer Einschätzung zu Grunde liegen.

Wo sehen Sie Handlungsbedarf bei der Ausgestaltung des kinder- und jugendpolitischen Mandats?

Welche konkreten Vorschläge können Sie machen?

III. Profil und Spektrum

In der kommunalen Verwaltung ist eine institutionalisierte Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche in der Nähe der administrativen Spitze angesiedelt (z. B. Kinderbüro beim Bürgermeister). Sie verfügt über direkte Zugänge zur Politik und Verwaltung, sowie zur Bürgerschaft, wird durch qualifiziertes Personal geführt und ist mit Sach- und Projektmitteln ausgestattet.

Es gibt eine bzw. mehrere direkte Interessenvertretungen in Form von Kinder- und Jugendparlamenten und/oder Stadtteilräten für Kinder und Jugendliche. Dort sind Jungen und Mädchen aller Altersgruppen, mit und ohne Migrationsgeschichte, mit und ohne Behinderung sowie mit unterschiedlichem Bildungsniveau vertreten. Eine möglichst breite Beteiligungsbereitschaft wird durch öffentliche Wahlwerbung erreicht. Die Kinder- und Jugendvertretung hat garantierte Entscheidungsbefugnisse und wird nicht instrumentalisiert. Sie erhält organisatorische Unterstützung und kann über einen eigenen Etat verfügen. Der Informationstransfer zum Rat, zum Jugendhilfeausschuss und anderen Ausschüssen wird durch die Interessenvertretung und Präsenz von Ausschussmitgliedern gewährleistet.

In Kindertageseinrichtungen, Jugendhäusern und -treffs, Stadtteilzentren etc. werden Kinder und Jugendliche als Nutzer systematisch nach ihren Ansprüchen, Erwartungen und Erfahrungen befragt. Ihre Anregungen zur Gestaltung der Einrichtung und von Angeboten werden eingeholt, ernst genommen und umgesetzt. Dabei wird auch darauf geachtet, ggf. vorhandenen Exklusionsstrategien von angestammten Nutzergruppen gegenüber anderen Gruppen des Sozialraums entgegenzuwirken. Alle Angebote werden ergebnisoffen und auf Basis einer freiwilligen Teilnahme durchgeführt.

Für alle Kinder und Jugendlichen der Kommune sind adäquate Beteiligungsmöglichkeiten vorhanden. Dies wird durch einen Partizipationsmix erreicht, der neben Angeboten in Einrichtungen auch repräsentative, offene und projektorientierte Formen bereit hält.

Indikatoren		✓
1	In der Kommunalverwaltung ist eine anwaltschaftliche Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche in der Nähe der administrativen Spitze angesiedelt, die für Kinder und Jugendliche niedrigschwellig erreichbar ist.	
2	Die institutionalisierte Interessenvertretung wird durch qualifiziertes Personal geführt und ist mit Sach- und Projektmitteln sowie Mitteln zur Öffentlichkeitsarbeit ausgestattet.	
3	In der Kommune existiert eine direkte Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche , die die Vielfalt der in der Kommune lebenden jungen Menschen widerspiegelt.	
4	Die Kinder- und Jugendvertretung erhält organisatorische Unterstützung .	
5	Die Kinder- und Jugendvertretung verfügt über einen eigenen Etat .	
6	Der Informationstransfer zwischen der Kinder- und Jugendvertretung und dem Rat, dem Jugendhilfeausschuss und anderen Ausschüssen ist sicher gestellt.	
7	In Einrichtungen werden Kinder und Jugendliche systematisch und umfassend an Alltagsentscheidungen beteiligt .	
8	Es werden vielfältige thematische projektorientierte Beteiligungsvorhaben durchgeführt.	
9	Die projektorientierten Angebote werden vor dem Hintergrund einer umfassenden Bedarfsermittlung mit Kindern und Jugendlichen entwickelt und nehmen deren Bedürfnisse unmittelbar auf.	
10	Die Angebote sind ergebnisoffen angelegt. Die erarbeiteten Ergebnisse sind für Kinder und Jugendliche nachvollziehbar und erkennbar.	
11	Die Angebote sind auf freiwillige Teilnahme hin organisiert.	

III. Profil und Spektrum**Wie treffen diese Aussagen auf Ihre Kommune zu?**

	in den meisten Punkten	in mehreren Punkten	in wenigen Punkten	in (fast) keinem Punkt
--	-------------------------------	----------------------------	---------------------------	------------------------

Wo sehen Sie die Stärken bei dem Profil und Spektrum des Beteiligungsangebotes?

Beschreiben Sie dabei möglichst konkrete Fakten, die Ihrer Einschätzung zu Grunde liegen.

Wo sehen Sie Handlungsbedarf bei dem Profil und Spektrum des Beteiligungsangebotes?

Welche konkreten Vorschläge können Sie machen?

IV. Aktives lokales Netzwerk

Es existiert ein lokales Netzwerk zur Kinder- und Jugendpolitik, in das wesentliche kommunale Akteure einbezogen sind: neben den Vertretungsorganen aus Politik und Verwaltung auch zivilgesellschaftliche Akteure (Jugendringe, freie Träger, Vereine, Verbände, Initiativen etc.), Kirchen und insbesondere Schulen, aber auch engagierte Einzelne oder Unternehmen (z. B. kommerzielle Freizeitangebote, Lehrstellenanbieter). Jugendliche sind ebenfalls im Netzwerk eingebunden. Um eine repräsentative und zugleich bereichernde Mitarbeit von Jugendlichen zu erreichen, werden vorab Kriterien zur Auswahl erarbeitet, die u. a. die Kompetenz zur institutionellen Mitarbeit und die Vertretung von möglichst breiten Interessengruppen gewährleisten.

Die Zusammenarbeit zwischen den gesetzlich vorgesehenen Formen der Repräsentation (Rat, Jugendhilfeausschuss) und diesem Netzwerk ist konstruktiv. Idealerweise erfolgt die Koordination deshalb durch die institutionalisierte Interessenvertretung. Weiterhin sollte die Zusammenarbeit des Netzwerkes mit den Ratsfraktionen und dem Jugendhilfeausschuss personell gestützt sein. Besonderer Wert wird auf die Vernetzung der Angebote von Schule und Jugendhilfe gelegt. Erfahrungsgemäß gestaltet sich diese Vernetzung in der operativen Umsetzung oft schwierig. Es ist deshalb förderlich, mit Schulen ein einheitliches partizipationsorientiertes Grundverständnis zu erarbeiten und Möglichkeiten und Grenzen der aktiven Mitarbeit zu definieren.

Ein aktives lokales Netzwerk zur Kinder- und Jugendpolitik fördert auf vielfältigen Ebenen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

Indikatoren		✓
1	In einem kommunalen Netzwerk zur Kinder- und Jugendpolitik wird Know-how gebündelt und die Vernetzung der unterschiedlichen lokalen Beteiligungsprojekte sichergestellt.	
2	Die Koordination des Netzwerkes obliegt der institutionalisierten Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche.	
3	Die Zusammenarbeit des Netzwerkes mit den politischen Fraktionen ist konstruktiv.	
4	Die Zusammenarbeit des Netzwerkes mit dem Jugendhilfeausschuss ist konstruktiv.	
5	Vertreter der verwaltungsinternen Kompetenznetzwerke arbeiten im Netzwerk mit.	
6	Zivilgesellschaftliche Akteure und Kirchen arbeiten im Netzwerk mit.	
7	Schulen sind integriert und arbeiten auf der Grundlage eines gemeinsamen partizipationsorientierten Grundverständnisses im Netzwerk als aktive Partner mit.	
8	Engagierte Privatpersonen, private Anbieter und Unternehmen werden beteiligt.	
9	Jugendliche sind im Netzwerk eingebunden. Ihre Auswahl erfolgt kriteriengeleitet.	
10	Das Netzwerk initiiert auch eigene Projekte oder Initiativen.	

IV. Aktives lokales Netzwerk**Wie treffen diese Aussagen auf Ihre Kommune zu?**

	in den meisten Punkten	in mehreren Punkten	in wenigen Punkten	in (fast) keinem Punkt
--	-------------------------------	----------------------------	---------------------------	------------------------

Wo sehen Sie die Stärken des lokalen Netzwerks?

Beschreiben Sie dabei möglichst konkrete Fakten, die Ihrer Einschätzung zu Grunde liegen.

Wo sehen Sie Handlungsbedarf für das lokale Netzwerk?

Welche konkreten Vorschläge können Sie machen?

V. Qualifizierung von Beteiligten

Beteiligten will gelernt sein – sich beteiligen auch! In der Verwaltung, der Kinder- und Jugendhilfe sowie in Schulen sind Erwachsene als Prozessmoderierende qualifiziert, um Partizipationsprozesse zu initiieren, durchzuführen und zu koordinieren. Des Weiteren wird sichergestellt, dass sowohl haupt- wie auch ehrenamtliche Erwachsene, die Beteiligungsprojekte begleiten, hinsichtlich ermöglichender und aktivierender Fähigkeiten qualifiziert sind. Durch „peer education“ werden auch Jugendliche und junge Erwachsene als Multiplikatoren ausgebildet und gewonnen. Die auf diesem Wege qualifizierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen fungieren gleichzeitig als Vermittler und als authentische Botschafter der Beteiligungsziele. Teilnehmende Kinder und Jugendliche an Beteiligungsvorhaben werden insbesondere dann qualifiziert, wenn Projekte institutionelle Organisationsformen voraussetzen.

Auch die strategische Weiterentwicklung der kommunalen Beteiligungspolitik wird durch Qualifizierungen gefördert. Die Akteure des lokalen Netzwerkes nehmen deshalb ebenfalls an Fortbildungen und Fachveranstaltungen zur Partizipation und zu Kinderrechten teil. Um auf allen Ebenen der kommunalen Politik und Verwaltung Verbindlichkeit und eine aktive Unterstützung für die beteiligungspolitischen Ziele zu gewährleisten, werden intern Führungskräfte und Mitarbeitende aus allen Fachressorts der Verwaltung über Zweck und Nutzen der Kinder- und Jugendbeteiligung informiert, z. B. durch Darstellung von gelungenen Praxisbeispielen in Beilagen zur Lohnabrechnung.

Die Kommune stellt die Qualifizierung für Beteiligungsprozesse von Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen über Fort- und Weiterbildungsangebote sicher.

Indikatoren		✓
1	In der Kommune existiert eine längerfristige Qualifizierungskonzeption für Erwachsene und Jugendliche, die sich am ermittelten Bedarf orientiert.	
2	Innerhalb der öffentlichen und freien Jugendhilfe sind Erwachsene als Prozessmoderierende ausgebildet und aktiv.	
3	Innerhalb von Schulen sind Lehrkräfte als Prozessmoderierende ausgebildet und aktiv.	
4	Innerhalb der Verwaltung sind Fachleute aus verschiedenen Abteilungen als Prozessmoderierende ausgebildet und aktiv.	
5	Die Kommune stellt das Wissen von Führungskräften und Mitarbeitenden aus allen Fachressorts der Verwaltung über Zweck und Nutzen der Kinder- und Jugendbeteiligung sicher.	
6	Die Qualifikation von Erwachsenen , die Beteiligungsprojekte begleiten, wird durch die Kommune sichergestellt.	
7	Die Beteiligungspolitik wird durch peer education gestützt.	
8	Die Kommune stellt attraktive Bildungsangebote für teilnehmende Kinder und Jugendliche sicher, die auf bestimmte Beteiligungsformen und -inhalte vorbereiten.	
9	Fortbildungen zu Partizipation und Kinderrechten werden von der Kommune sichergestellt und von den Akteuren des lokalen Netzwerkes wahrgenommen.	

Erste Schritte

... zur Verbesserung der Strategieentwicklung	Verantwortlich	Termin

... zur Verbesserung des kinder- und jugendpolitischen Mandats	Verantwortlich	Termin

... zur Verbesserung von Profil und Spektrum	Verantwortlich	Termin

... zur Verbesserung des lokalen Netzwerks	Verantwortlich	Termin

... zur Verbesserung der Qualifizierung von Beteiligten	Verantwortlich	Termin

Erste Schritte

... zur Verbesserung der Themen- und Methodenvielfalt	Verantwortlich	Termin

... zur Verbesserung der Information und Öffentlichkeitsarbeit	Verantwortlich	Termin

... zur Verbesserung zur Stärkung der Selbstorganisationsfähigkeit	Verantwortlich	Termin

... zur Verbesserung der Qualitätsentwicklung	Verantwortlich	Termin

Weitere Schritte	Verantwortlich	Termin

V. Qualifizierung von Beteiligten**Wie treffen diese Aussagen auf Ihre Kommune zu?**

	in den meisten Punkten	in mehreren Punkten	in wenigen Punkten	in (fast) keinem Punkt
--	-------------------------------	----------------------------	---------------------------	------------------------

Wo sehen Sie die Stärken bei der Qualifizierung der Beteiligten?

Beschreiben Sie dabei möglichst konkrete Fakten, die Ihrer Einschätzung zu Grunde liegen.

Wo sehen Sie Handlungsbedarf bei der Qualifizierung der Beteiligten?

Welche konkreten Vorschläge können Sie machen?

VI. Themen- und Methodenvielfalt

Die Kommune initiiert Beteiligungsprozesse in unterschiedlichen Themenfeldern. Unmittelbare Kinder- und Jugendbelange, wie z. B. die Gestaltung von Spielplätzen, sind dabei gleichermaßen vertreten wie Fragen, z. B. der Stadtentwicklungsplanung und Sanierung, die das Lebensumfeld von Kindern und Jugendlichen ebenfalls tangieren. Auch Themen, die für Kinder und Jugendliche aktuell besonders interessant sind, werden berücksichtigt. Dies sind beispielsweise Ökologie und Fragen globaler Gerechtigkeit.

Das Spektrum an Beteiligungsmöglichkeiten umfasst auch Angebote mit integrations- und genderpolitischen Zielen (geschlechtsspezifische Förderung, interkulturelle Verständigung, integrative Angebote für Kinder und Jugendliche mit Behinderung). Die Themen Sicherheit, Gewalt und Gesundheit finden sich in präventionsorientierten Vorhaben wieder. Methodisch werden bewährte Beteiligungsformen und Instrumente genutzt (z. B. Ideenwettbewerbe, moderierte Workshops, Stadteilerkundungen, Kinderlandkarten, Zukunftswerkstätten), aber es wird auch ein experimenteller Beitrag zur Weiterentwicklung geleistet. Die eingesetzten Methoden fördern die Kreativität und machen Spaß.

Die Kommune stellt hinsichtlich Themen, Methoden und Orten ein breites Spektrum an Beteiligungsmöglichkeiten für unterschiedliche Zielgruppen sicher.

Indikatoren		✓
1	Im Rahmen der verschiedenen Beteiligungsangebote werden Themen bearbeitet, die Kinder und Jugendliche unmittelbar betreffen.	
2	Im Rahmen der verschiedenen Beteiligungsangebote werden übergreifende Themen der Stadtentwicklung bearbeitet, die Kinder und Jugendliche betreffen.	
3	Im Rahmen der verschiedenen Beteiligungsangebote werden Themen bearbeitet, die für Kinder und Jugendliche aktuell besonders interessant sind.	
4	Es existieren Angebote mit integrationspolitischen Zielen.	
5	Es existieren Angebote mit genderpolitischen Zielen.	
6	Es existieren Angebote mit präventionsorientierten Zielen.	
7	Es existieren Angebote für verschiedene Altersgruppen .	
8	Die Angebote sind nicht lokal begrenzt , sondern finden über das gesamte Stadtgebiet, bzw. den gesamten Kommunalbereich verteilt statt.	
9	In den verschiedenen Angeboten wird ein breites Spektrum an Methoden und Instrumenten zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen eingesetzt.	

VI. Themen- und Methodenvielfalt**Wie treffen diese Aussagen auf Ihre Kommune zu?**

	in den meisten Punkten	in mehreren Punkten	in wenigen Punkten	in (fast) keinem Punkt
--	-------------------------------	----------------------------	---------------------------	------------------------

Wo sehen Sie die Stärken bei der Themen- und Methodenvielfalt?

Beschreiben Sie dabei möglichst konkrete Fakten, die Ihrer Einschätzung zu Grunde liegen.

Wo sehen Sie Handlungsbedarf bei der Themen- und Methodenvielfalt?

Welche konkreten Vorschläge können Sie machen?

VII. Information, Öffentlichkeitsarbeit

Die Qualität und Quantität von kommunaler Kinder- und Jugendbeteiligung ist nicht zuletzt an die Qualität der Kommunikation zwischen den Beteiligten gebunden.

Die lokale Kinder- und Jugendöffentlichkeitsarbeit wird gezielt gestärkt. Ein integriertes Kommunikationskonzept gewährleistet Transparenz für wichtige Akteure, für Kinder und Jugendliche sowie die interessierte Öffentlichkeit. Dabei werden neue Medien (Internet, SMS) ebenso genutzt wie Medien, die Informationen von Jugendlichen für Jugendliche transportieren (z. B. Schülerzeitungen, Jugendpresse, Jugendradios, offene Fernsehkanäle). Lockere Zusammenschlüsse und offene Szenen von Jugendlichen werden durch zielgruppenspezifische Kanäle eingebunden, beispielsweise über Einrichtungen der offenen Jugendarbeit und Streetworker. Inhaltlich wird über Ziele und Ergebnisse sowie insbesondere über die Umsetzung von Vorhaben berichtet und damit für Partizipationsprozesse insgesamt geworben.

Darüber hinaus existiert ein funktionsfähiges Netzwerk zur Verbreitung aktueller Informationen zur kommunalen Beteiligungspraxis. Hier können neue Projekte, Fortbildungen und Ergebnisse der institutionellen Kinder- und Jugendvertretung an relevante Akteure gestreut werden. Darin eingebunden sind zivilgesellschaftliche Akteure (Jugendringe, freie Träger, Vereine, Verbände, Initiativen), institutionelle Kommunikationskanäle (Kindergärten, Schulen, Träger der Jugendhilfe, Sportvereine, Kulturbereich etc.) und ggf. persönliche Kommunikationskanäle. Auf diesem Wege kann beispielsweise ein regelmäßiger elektronischer Newsletter versendet werden.

Die Kommune stellt eine umfassende Information über Beteiligungsrechte und -angebote sowie über deren Ziele, Umsetzung und Ergebnisse sicher.

Indikatoren		✓
1	Über lokale Zeitungen, Radiostationen, Internetseiten und sonstige Medien wird ein breites Spektrum der Bevölkerung über Möglichkeiten und Umsetzung von Beteiligungsvorhaben informiert.	
2	Neue Medien werden zur Information von Kindern und Jugendlichen genutzt.	
3	Medien, die Informationen von Jugendlichen für Jugendliche transportieren, werden genutzt.	
4	Lockere Zusammenschlüsse und offene Szenen von Jugendlichen werden über geeignete Wege ebenfalls erreicht.	
5	Die Berichterstattung über die unterschiedlichen Kommunikationskanäle beinhaltet Ziele, Umsetzung und Ergebnisse der Kinder- und Jugendbeteiligung.	
6	Aktuelle Informationen zur kommunalen Beteiligungspraxis werden über ein funktionsfähiges Netzwerk an relevante kommunale Akteure gestreut.	

VII. Information, Öffentlichkeitsarbeit**Wie treffen diese Aussagen auf Ihre Kommune zu?**

	in den meisten Punkten	in mehreren Punkten	in wenigen Punkten	in (fast) keinem Punkt
--	-------------------------------	----------------------------	---------------------------	------------------------

Wo sehen Sie die Stärken bei der Information und Öffentlichkeitsarbeit?

Beschreiben Sie dabei möglichst konkrete Fakten, die Ihrer Einschätzung zu Grunde liegen.

Wo sehen Sie Handlungsbedarf bei der Information und Öffentlichkeitsarbeit?

Welche konkreten Vorschläge können Sie machen?

VIII. Stärkung der Selbstorganisationsfähigkeit

Die Ergebnisse der Kinder- und Jugendbeteiligung überzeugen und kommen dem Gemeinwesen zugute, damit sich positive Erfahrungen selbstverstärkend auswirken können. Eine Instrumentalisierung ist ausgeschlossen, indem die Beteiligung zu einem möglichst frühen Zeitpunkt der Arbeit erfolgt, den Vorhaben angemessene sachliche und finanzielle Entscheidungsspielräume garantiert werden und die Auswirkungen von komplexen politischen Konstellationen auf Entscheidungsprozesse vorab sorgfältig geprüft sind. Des Weiteren ist darauf zu achten, dass die zeitlichen Zusammenhänge zwischen den Beteiligungsprojekten und der Umsetzung ihrer Ergebnisse überschaubar bleiben.

Damit Enttäuschungen und negative Erfahrungen nicht zum dauerhaften Rückzug führen, ist für das Einbringen von Beschwerden und für Qualitätsfragen der kommunalen Beteiligungspolitik das kommunale Beschwerdemanagement zuständig.

Freiwilliges Engagement erfährt in der Kommune ein hohes Maß an öffentlicher Wertschätzung. Freiwillig Engagierte erhalten öffentliche Auszeichnungen, Zertifizierungen und Vergünstigungen.

Die kommunale Beteiligungsstrategie ist so ausgelegt, dass sich positive Erfahrungen bei Kindern und Jugendlichen selbstverstärkend auswirken. Freiwilliges Engagement erfährt ein hohes Maß an öffentlicher Anerkennung.

Indikatoren		✓
1	Die Ergebnisse der Kinder- und Jugendbeteiligung überzeugen und kommen dem Gemeinwesen zugute .	
2	Die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen erfolgt von Anfang an bzw. zu einem möglichst frühen Zeitpunkt der Arbeit.	
3	In den Vorhaben sind angemessene sachliche und finanzielle Entscheidungsspielräume für Kinder und Jugendliche garantiert.	
4	Die Zeit zwischen den Beteiligungsprojekten und der Umsetzung ihrer Ergebnisse ist eng und für die Zielgruppe überschaubar .	
5	Die Auswirkungen von komplexen politischen Konstellationen auf Entscheidungsprozesse werden vorab sorgfältig geprüft.	
6	Bedarf und Bestand des Beteiligungsspektrums werden mindestens einmal jährlich erhoben , um die Mitgestaltung des Angebots zu ermöglichen.	
7	Mitwirkende in Beteiligungsvorhaben und -strukturen aktivieren fortlaufend neue Kinder und Jugendliche .	
8	Für das Einbringen von Beschwerden und für Qualitätsfragen der kommunalen Beteiligungspolitik existiert ein kommunales Beschwerdemanagement .	
9	Kinder und Jugendliche, die sich freiwillig engagieren oder in Vereinen und Verbänden tätig sind, erhalten öffentliche Wertschätzung und Anerkennung .	

VIII. Stärkung der Selbstorganisationsfähigkeit**Wie treffen diese Aussagen auf Ihre Kommune zu?**

	in den meisten Punkten	in mehreren Punkten	in wenigen Punkten	in (fast) keinem Punkt
--	-------------------------------	----------------------------	---------------------------	------------------------

Wo sehen Sie die Stärken bei der Stärkung der Selbstorganisationsfähigkeit?

Beschreiben Sie dabei möglichst konkrete Fakten, die Ihrer Einschätzung zu Grunde liegen.

Wo sehen Sie Handlungsbedarf bei der Stärkung der Selbstorganisationsfähigkeit?

Welche konkreten Vorschläge können Sie machen?

IX. Qualitätsentwicklung

Wer etwas erneuern und verstärken will, trägt die Beweislast für die erhofften Verbesserungen. Dies gilt auch und besonders für die kommunale Beteiligungspolitik mit Kindern und Jugendlichen. Um die Bürgerschaft vom Wert der Kinder- und Jugendbeteiligung zu überzeugen, werden in regelmäßigen Abständen interne und externe Kinder- und Jugendberichte erstellt, in denen über die Entwicklung und Umsetzung der Kinder- und Jugendbeteiligung informiert wird.

Um eine wirkungsorientierte Steuerung und prozessbegleitendes Eingreifen durch die Steuerungsgruppe zu ermöglichen, existiert ein Berichtswesen für die interne Kommunikation. Qualitätsstandards wurden formuliert, an denen sich die Arbeit orientiert. Hier sind u. a. niedrige Beteiligungsschwellen definiert sowie für die Struktur und den Prozess der Beteiligungspraxis klare Regeln und verbindliche Verfahren festgelegt.

Je nach Vorhaben und Qualifikation der Beteiligten werden für die einzelnen Vorhaben verschiedene Formen der Evaluation (intern, extern) praktiziert. Partizipative und aktivierende Ansätze, bei denen Kinder und Jugendliche aktiv eingebunden sind, haben für die Evaluation der einzelnen Vorhaben Priorität. Mit standardisierten Instrumenten wird die Zufriedenheit der Kinder und Jugendlichen mit den kommunalen Beteiligungsangeboten sowie deren Inanspruchnahme systematisch erhoben und ausgewertet.

Mitarbeitenden und jugendlichen Multiplikatoren werden durch entsprechende Fortbildungen und Zeitfenster Möglichkeiten zur Selbstevaluation eingeräumt und abgesichert.

Die Qualität des bestehenden Angebots wird kontinuierlich gesichert und weiterentwickelt.

Indikatoren		✓
1	In regelmäßigen Abständen werden Kinder- und Jugendberichte erstellt.	
2	Entscheider sind durch eine interne Kommunikationsstruktur in der Lage, prozessbegleitend einzugreifen.	
3	Qualitätsstandards , an denen sich die Arbeit orientiert, sind entwickelt.	
4	Die einzelnen Vorhaben werden entsprechend der Qualifikation der Beteiligten evaluiert .	
5	Partizipative und aktivierende Ansätze haben für die Evaluation der einzelnen Vorhaben Priorität.	
6	Die Zufriedenheit der Kinder und Jugendlichen mit den kommunalen Beteiligungsangeboten und deren Inanspruchnahme wird systematisch erfragt.	
7	Zentrale Evaluationsergebnisse werden veröffentlicht.	
8	Mitarbeitenden und jugendlichen Multiplikatoren werden durch entsprechende Fortbildungen und Rahmenbedingungen Möglichkeiten zur Selbstevaluation eingeräumt.	
9	Die Mitarbeitenden erhalten regelmäßig die Möglichkeit zum strukturierten fachlichen Austausch .	
10	Die Resonanz auf die Beteiligungsangebote wird ermittelt. Bei Bedarf werden gezielte Anstrengungen unternommen, um sie zu erhöhen.	

IX. Qualitätsentwicklung**Wie treffen diese Aussagen auf Ihre Kommune zu?**

<input type="checkbox"/>	in den meisten Punkten	<input type="checkbox"/>	in mehreren Punkten	<input type="checkbox"/>	in wenigen Punkten	<input type="checkbox"/>	in (fast) keinem Punkt
--------------------------	-------------------------------	--------------------------	----------------------------	--------------------------	---------------------------	--------------------------	------------------------

Wo sehen Sie die Stärken bei der Qualitätsentwicklung?

Beschreiben Sie dabei möglichst konkrete Fakten, die Ihrer Einschätzung zu Grunde liegen.

Wo sehen Sie Handlungsbedarf bei der Qualitätsentwicklung?

Welche konkreten Vorschläge können Sie machen?

